



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Vonlanthen Rudolf

2021-CE-130

Künftige Lehrerinnen- und Lehrerausbildung PH oder Uni?

I. Anfrage

Ich stütze mich bei dieser Anfrage auf die verschiedenen Anfragen, die zum Teil schon beantwortet wurden. Dabei handelt es sich um die Anfrage 2020-CE-8 und die Anfrage 2021-CE-121 sowie auch um die eingereichte Motion Bernadette Mäder-Brühlhart/André Schneuwly (2021-GC-55/1H-11H Lehrpersonenausbildung unter einem Dach: Gesetzliche Grundlagen).

Die beiden Lehrerbildungen, welche momentan an der UNIFR (Sek1 und Sek2) und an der PH Freiburg (Primarstufe) angeboten werden, sollen zusammengeführt werden, und dies anscheinend möglichst schnell. Der [Bericht](#) von Prof. Capaul¹ (2019) bildet hierbei die Grundlage für mögliche Modelle, Chancen, Risiken und Zusammenschlüsse.

Folgende Fragen sollten aus meiner Sicht unbedingt zuerst geklärt werden, bevor das ambitionierte Projekt zu einem Schnellschuss verkommt:

1. Die Sicht von Prof. Capaul in dessen Bericht scheint wirtschaftspädagogisch begründet zu sein. Müsste hier nicht mindestens eine Zweitmeinung hinzugezogen werden, damit grundsätzliche Fragen eines Zusammenschlusses der beiden Institutionen aus einem anderen Blickwinkel beantwortet werden können; zumal in seinem Bericht etwa die praxisnahe Ausbildung an der Universität keine Erwähnung und Würdigung findet (S. 48)? Im Gegenteil: Momentan scheint die Ausbildung an der PH für eine angehende Primarlehrerin oder einen angehenden Primarlehrer mit dem Schreiben einer Bachelorarbeit akademischer zu sein als etwa diejenige eines Studierenden des Diploms für den Unterricht auf der Sekundarstufe 2. Im zuletzt erwähnten Studiengang gehören auch wichtige Einheiten durch Fachdidaktiker zur Ausbildung, welche neben der Lehrtätigkeit an der Uni ein eigenes Unterrichtspensum an einem Gymnasium innehaben. Dies sind Leute aus der Praxis.
2. Auch zu den Kosten ist im Bericht von Prof. Capaul kein Wort zu finden: Weiss man, wieviel die einzelnen Lehrerinnen- und Lehrerausbildungen kosten? Ist die universitäre Lehrerbildung mit weniger Personal momentan nicht schlanker und günstiger als die PH Freiburg mit ihren zahlreichen Angestellten?

¹ <https://www.fr.ch/de/eksd/news/organisation-der-lehrerinnen-und-lehrerbildung-bestandsaufnahme-im-kanton-freiburg>

3. Die Frage der Zeitspanne Im Bericht von Prof. Capaul wird für die Zusammenführung der PH und der Uni eine Periode bis 2035 vorgesehen (S. 54). Warum muss das Verfahren jetzt plötzlich so schnell gehen? Spielt die von der PH Freiburg vom Bund angestrebte Akkreditierung als Hochschule eine Rolle? Oder gibt es andere Gründe für die plötzliche Eile? Müssten hier nicht Zeit, Bedacht, Sorgfalt und Reflexion als oberste Gebote gelten?
4. Hier stellt sich auch die Frage: Welche Gründe sprechen denn überhaupt für eine Zusammenführung der beiden Lehrerinnen- und Lehrerbildungen? Im Bericht von Prof. Capaul werden vor allem ein «dringender Handlungsbedarf» (S. 50), ein «gemeinsamer Aussenauftritt» und die «Zusammenführung und das Nutzen von Strukturen» (S. 3) als Gründe angeführt. Konkrete Hinweise fehlen aber weitestgehend, zumal die aktuellen Strukturen der Lehrerbildung an der Universität sehr gut funktionieren und vielleicht in der überschaubaren Grösse der beiden Institutionen gerade auch Chancen und Vorteile liegen könnten, anstatt dass die beiden Ausbildungsstätten zu einer grossen Institution zusammengeführt werden müssen.
5. Welche Vorteile ergeben sich schliesslich in diesem Zusammenhang für die universitäre Lehrerinnen- und Lehrerbildung, wenn diese aktuell gut funktionierenden Strukturen in der Zukunft der PH Freiburg angeschlossen werden? Besteht hier nicht die Gefahr eines Qualitätsverlusts? Würde es nicht mehr Sinn machen, die Primarlehrerausbildung ebenfalls an der Universität anzubieten, damit daraus für den Standort Freiburg eine echte USP (Unique Selling Position oder Alleinstellungsmerkmal) (neben der Zweisprachigkeit) gegenüber den anderen PHs der Schweiz resultiert?
6. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der aktuellen Situation an der PH Freiburg: In den letzten Jahren gab es in der Führung der PH Freiburg viele personelle Wechsel, man denke an die kurze Amtszeit von Frau Mertens Fleury und aktuell von Herrn Lehmann. Sind die Gründe dafür bekannt? Müssten hier nicht zuerst solide Strukturen und eine klare Führung geschaffen werden, bevor die PH Freiburg und die Lehrerbildung der Uni Freiburg zusammengelegt werden?
7. Im Rahmen des (zweiten) USP: Wird die angestrebte Zweisprachigkeit in der künftigen Institution wirklich als Trumpf gesehen oder handelt es sich dabei nur um einen Etikettenschwindel? Wenn etwa in der aktuellen Struktur der PH Freiburg die deutschsprachige Abteilung und das «sprachliche Gleichgewicht» gemäss FN vom 28.03.2021 bereits «in Gefahr sei»: Wie kann diese kleine Abteilung sich in einer noch grösseren Institution künftig etablieren und behaupten? Ist es hierbei überhaupt wünschenswert, dass sich eine allfällige künftige PH Freiburg gegenüber den bereits etablierten PHs Vaud und Bern bewähren muss? Oder gäbe es für die deutschsprachigen Studierenden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit, etwa mit der PH Bern?
8. Grundsätzlich bleibt noch die mehr als interessante Frage übrig: Warum bevorzugen aktuell so viele Deutschfreiburgerinnen und -freiburger die PH Bern gegenüber der PH Freiburg Gibt es hierzu (Alumni-)Umfragen oder Studien? Müsste nicht hier zuerst Ursachenforschung betrieben werden, bevor mit einer Vergrösserung der Institution ein weiterer allfälliger Rückgang der deutschsprachigen Studierenden in Kauf genommen wird?

8. April 2021

II. Antwort des Staatsrats

Die geplante Zusammenführung der Lehrpersonenbildung ist für den Kanton Freiburg ein äusserst wichtiges Vorhaben. Der baldige Entscheid der Regierung wird Konsequenzen von erheblicher Tragweite und Bedeutung haben. Bereits vor zehn Jahren wurden diesbezüglich Analysen durchgeführt. Damals wurde jedoch beschlossen, auf einen Grundsatzentscheid zu verzichten und die Probleme – die gleichen wie heute – anders anzugehen, namentlich durch die Revision des Gesetzes über die HEP|PH FR, die ihr mehr Autonomie verlieh, und durch eine Neuorganisation der Strukturen an der Universität, die zur Zusammenführung der Zentren CERF und ZELF in einem gemeinsamen Institut für Lehrerinnen- und Lehrerbildung (ILLB) geführt haben. Diese Massnahmen änderten jedoch nichts am zugrundeliegenden Problem, das in der mangelnden Kohärenz und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bildungsgängen besteht, vor allem zwischen denjenigen, welche die obligatorische Schule betreffen: die Ausbildungen zum Unterricht an Primar- und Orientierungsschulen sowie zum Sonderschulunterricht. Der Bericht von Prof. Capaul fasst die mit dieser Problematik verbundenen Aspekte zusammen und schlägt ein Zwischenmodell vor, bei dem die drei betroffenen Einheiten – die HEP|PH FR, das ILLB und das Departement für Sonderpädagogik der Universität (DSP) – noch vor der institutionellen Zusammenführung schrittweise näher zusammengebracht werden sollten.

Der Staatsrat hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen und begrüsst die geleistete Arbeit, die sich dadurch auszeichnet, dass der Verfasser die Beteiligten angehört hat und vorschlägt, eine festgefahrene Situation durch eine partizipative und ausgleichende Vorgehensweise zu überwinden. Die Idee einer gemeinsamen interinstitutionellen Struktur für die drei Einheiten, die vor zehn Jahren ebenfalls eingehend untersucht wurde, wird jedoch als zu komplex und schwerfällig erachtet. Denn es besteht die Gefahr, dass damit neue Probleme geschaffen werden, statt die bestehenden zu lösen. Ausserdem wäre diese Option kaum mit der Autonomie der beiden betroffenen Hochschulen vereinbar. Daher hat dieser Bericht den Staatsrat bewogen, sich grundsätzlich dafür auszusprechen, die Lehrpersonenbildung entweder in einer neuen pädagogischen Hochschule oder innerhalb der Universität zusammenzuführen. Der Direktor der EKSD beauftragte daraufhin eine Steuergruppe mit zusätzlichen Analysen und der Erhebung von Daten, um die mannigfachen Auswirkungen im Zusammenhang mit diesen beiden Szenarien besser einschätzen zu können. Angesichts der Komplexität, eine eigenständige Institution (HEP|PH FR) mit Einheiten einer anderen (ILLB und DPS) zu vergleichen, haben die Diskussionen und Arbeiten dieser Gruppe letztendlich aufgezeigt, dass dieser Entscheid vor allem von einer politischen Vision in Bezug auf die Lehrpersonenbildung abhängt.

Der Staatsrat kann die gestellten Fragen somit wie folgt beantworten:

- 1. Die Sicht von Prof. Capaul in dessen Bericht scheint wirtschaftspädagogisch begründet zu sein. Müsste hier nicht mindestens eine Zweitmeinung hinzugezogen werden, damit grundsätzliche Fragen eines Zusammenschlusses der beiden Institutionen aus einem anderen Blickwinkel beantwortet werden können; zumal in seinem Bericht etwa die praxisnahe Ausbildung an der Universität keine Erwähnung und Würdigung findet (S. 48)? Im Gegenteil: Momentan scheint die Ausbildung an der PH für eine angehende Primarlehrerin oder einen angehenden Primarlehrer mit dem Schreiben einer Bachelorarbeit akademischer zu sein als etwa diejenige eines Studierenden des Diploms für den Unterricht auf der Sekundarstufe 2. Im zuletzt erwähnten Studiengang gehören auch wichtige Einheiten durch Fachdidaktiker zur Ausbildung,*

welche neben der Lehrtätigkeit an der Uni ein eigenes Unterrichtspensum an einem Gymnasium innehaben. Dies sind Leute aus der Praxis.

Wie einleitend erwähnt, beruhen die durchgeführten und laufenden Überlegungen und Analysen nicht allein auf dem Bericht von Prof. Capaul. Dieser ist eine von mehreren Grundlagen, die es der EKSD und dem Staatsrat ermöglichen, sich zu dieser Entscheidung eine Meinung zu bilden und Stellung zu nehmen. Angesichts der umfangreichen analytischen Arbeiten, die über die Jahre und insbesondere seit 2018 geleistet wurden, wäre ein zusätzliches Mandat an eine weitere externe Fachperson nicht sinnvoll. Dies würde zudem die Ungewissheit für die beiden Institutionen um mehrere Monate verlängern, was der Sache nicht dienlich wäre.

Die Frage, ob die Ausbildung eher akademisch oder praxisbezogen sein sollte, ist selbstverständlich zentral in dieser Debatte. Der Auftrag der Universität unterscheidet sich von demjenigen der Fachhochschulen und der pädagogischen Hochschulen, es gibt aber auch viele Gemeinsamkeiten. Das vom Grossrat angeführte Beispiel der Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktiker gilt etwa nicht nur für den Studiengang zum Erwerb des Lehrdiploms für Maturitätsschulen (LDM). Die Ausbildung der Lehrpersonen für alle Stufen erfolgt teilweise durch Personen, die hauptberuflich in dem Fachbereich tätig sind, den sie an der Hochschule unterrichten. Dieser Ansatz wird durch die jüngst durchgeführte Funktionsbewertung des Lehrpersonals an der HES-SO//FR und der HEP|PH FR mit der Definition der Funktion «Lehrbeauftragte» bestätigt und bestärkt. Auch ist das Verfassen einer Abschlussarbeit – beim LDM-Studiengang ist es eine Masterarbeit – ein gemeinsames Element der Lehrpersonenbildung für allen Schulstufen.

2. Auch zu den Kosten ist im Bericht von Prof. Capaul kein Wort zu finden: Weiss man, wie viel die einzelnen Lehrerinnen- und Lehrerausbildungen kosten? Ist die universitäre Lehrerbildung mit weniger Personal momentan nicht schlanker und günstiger als die PH Freiburg mit ihren zahlreichen Angestellten?

Die Analyse der finanziellen Auswirkungen ist Teil des Mandats, das der oben erwähnten Steuergruppe erteilt wurde. Es erwies sich als unmöglich, verlässliche Zahlen für Vergleiche zwischen den verschiedenen Ausbildungseinheiten zu erhalten. Die durchzuführenden Berechnungen enthalten zu viele Unbekannte: An der Universität bestehen für das Lehrpersonal nicht die gleichen Funktionen wie an der HEP|PH FR und umgekehrt, und bei einem Wechsel des Personals zwischen den beiden Institutionen muss zwangsläufig jedes einzelne Dossier geprüft werden, um festzustellen, in welche Funktion die Person eingereiht wird. In jedem Fall würden bei der institutionellen Zusammenführung alle betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voll übernommen, da es sich bei diesem Projekt in keiner Weise um eine Sparmassnahme handelt.

Die Zahl der in den betreffenden Studiengängen eingeschriebenen Studierenden hat ebenfalls finanzielle Auswirkungen, die jedoch für die kommenden Jahre nicht abgeschätzt werden können. Die Wohnkantone der ausserkantonalen Studierenden zahlen Beiträge, die für Studierende, die eine Universität besuchen, auf der Grundlage der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) und für Studierende, die eine Fachhochschule oder eine PH besuchen, auf der Grundlage der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) berechnet werden. Da die FHV-Gebühren höher sind als die IUV-Gebühren, kann man nicht sagen, dass eine universitäre Ausbildung automatisch kostengünstiger sei als eine Ausbildung an einer Fachhochschule oder PH.

3. *Die Frage der Zeitspanne Im Bericht von Prof. Capaul wird für die Zusammenführung der PH und der Uni eine Periode bis 2035 vorgesehen (S. 54). Warum muss das Verfahren jetzt plötzlich so schnell gehen? Spielt die von der PH Freiburg vom Bund angestrebte Akkreditierung als Hochschule eine Rolle? Oder gibt es andere Gründe für die plötzliche Eile? Müssen hier nicht Zeit, Bedacht, Sorgfalt und Reflexion als oberste Gebote gelten?*

Angesichts der derzeitigen Lage liegen die Phasen für die im Bericht vorgeschlagenen Entwicklungsschritte viel zu weit in der Zukunft: Der Mangel an Lehrpersonen für den Primar- und Sonderschulunterricht, die Schwierigkeiten bei der Lancierung und Durchführung von Projekten, die den Bedürfnissen der Schule entsprechen, das Problem der kritischen Grösse der HEP|PH FR (siehe Antwort auf die 4. Frage) und die bevorstehende institutionelle Akkreditierung (siehe Antwort des Staatsrats auf die Anfrage CE-2021-121) zwingen die Regierung zum Handeln, bevor diese Probleme weiter zunehmen und dadurch die Qualität und der Ruf der Freiburger Schule langfristig Schaden nehmen. Die verschiedenen Faktoren, die zur gegenwärtigen Lage geführt haben, sind bekannt. In den vergangenen zehn Jahren hat der Kanton zur Genüge Zeit, Bedacht, Sorgfalt und Reflexion walten lassen. Nun ist es an der Zeit, Massnahmen zu ergreifen, um echte Lösungen für die oben genannten Probleme zu finden.

4. *Hier stellt sich auch die Frage: Welche Gründe sprechen denn überhaupt für eine Zusammenführung der beiden Lehrerinnen- und Lehrerbildungen? Im Bericht von Prof. Capaul werden vor allem ein «dringender Handlungsbedarf» (S. 50), ein «gemeinsamer Aussenauftritt» und die «Zusammenführung und das Nutzen von Strukturen» (S. 3) als Gründe angeführt. Konkrete Hinweise fehlen aber weitestgehend, zumal die aktuellen Strukturen der Lehrerbildung an der Universität sehr gut funktionieren und vielleicht in der überschaubaren Grösse der beiden Institutionen gerade auch Chancen und Vorteile liegen könnten, anstatt dass die beiden Ausbildungsstätten zu einer grossen Institution zusammengeführt werden müssen.*

Die oft als «menschlich» bezeichnete Grösse der Ausbildungseinheiten hat zweifellos Vorteile, vor allem für die Betreuung der Studierenden, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die persönliche Kontakte grossen und anonymen Strukturen vorziehen. Allerdings ist in diesem Zusammenhang die geringe Grösse der Ausbildungseinheiten eher von Nachteil. Sowohl der HEP|PH FR wie auch dem ILLB fehlt ein gewisses Gewicht, das sich aus der sogenannten «kritischen» Grösse ergibt. Diese erlaubt es einer Einheit, sich gegen eine andere zu behaupten, selbst innerhalb einer Institution wie der Universität. Die Schwierigkeit, die Stelle der Rektorin oder des Rektors der HEP|PH FR zu besetzen, ist ein deutliches Beispiel dafür, dass eine Institution mit nur einem einzigen Studiengang nicht das Gewicht erreichen kann, das es ihr erlauben würde, sich im Wettbewerb zu behaupten.

Der Staatsrat erinnert daran, dass nicht der gute oder schlechte interne Betrieb der betreffenden Ausbildungseinheiten der Grund für diese geplante institutionelle Zusammenführung ist, sondern die Probleme im Zusammenhang mit der mangelnden Kohärenz und Zusammenarbeit zwischen den drei Ausbildungseinheiten und mit den kantonalen Ämtern, die alle drei in gleichem Masse betreffen.

5. *Welche Vorteile ergeben sich schliesslich in diesem Zusammenhang für die universitäre Lehrerinnen- und Lehrerbildung, wenn diese aktuell gut funktionierenden Strukturen in der Zukunft der PH Freiburg angeschlossen werden? Besteht hier nicht die Gefahr eines Qualitätsverlusts? Würde es nicht mehr Sinn machen, die Primarlehrerausbildung ebenfalls an der Universität anzubieten, damit daraus für den Standort Freiburg ein echter USP (neben der Zweisprachigkeit) gegenüber den anderen PHs der Schweiz resultiert?*

Der Staatsrat betont mit Nachdruck, dass die universitäre Ausbildung der an einer Fachhochschule oder PH vermittelten Ausbildung qualitativ nicht überlegen ist, sondern dass sie anders geartet ist. Es wird oft die Formulierung «gleichwertig, aber andersartig» verwendet, um dieses Verhältnis zwischen den beiden Hochschultypen zu beschreiben. Die Unterschiede zwischen Universitäten und Fach- bzw. pädagogischen Hochschulen betreffen hauptsächlich die Ausrichtung der Forschungsaktivitäten, das Ausbildungsangebot, den Aufbau des Studiums und die Zulassungsvoraussetzungen, keineswegs aber den Wert oder die Qualität der Ausbildung. Seit der Erarbeitung und Inkraftsetzung des HFKG wurden auf Bundesebene Gremien geschaffen, welche die Tätigkeiten in der schweizerischen Hochschullandschaft koordinieren, die Eigenheiten der verschiedenen Hochschultypen präzisieren und stärken und dafür sorgen, dass die Aufgaben der Universitäten, Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen nicht vermischt werden. Der Direktor für Erziehung, Kultur und Sport sitzt in diesen Gremien und steht dafür ein, dass diese Politik des Bundes im Kanton umgesetzt wird.

Es stimmt, dass ein Zusammenschluss der Lehrpersonenbildung an der Universität insofern einzigartig wäre, als nur der Kanton Genf für die Lehrpersonenbildung ebenfalls ein an der Universität angebotenes Modell anbietet. Allerdings wird sich der Staatsrat bei der Entscheidungsfindung auf zahlreiche Kriterien und Faktoren stützen, die er derzeit analysiert und abwägt, um einen zukunftsorientierten Entscheid zu treffen, der die Nachhaltigkeit und Qualität der Lehrpersonenbildung in unserem Kanton sicherstellt.

6. *In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der aktuellen Situation an der PH Freiburg: In den letzten Jahren gab es in der Führung der PH Freiburg viele personelle Wechsel, man denke an die kurze Amtszeit von Frau Mertens Fleury und aktuell von Herrn Lehmann. Sind die Gründe dafür bekannt? Müssten hier nicht zuerst solide Strukturen und eine klare Führung geschaffen werden, bevor die PH Freiburg und die Lehrerbildung der Uni Freiburg zusammengelegt werden?*

Die EKSD ist sich bewusst, dass sich die HEP|PH FR derzeit in einer heiklen Lage befindet; ebenso sind die Gründe für die häufigen personellen Wechsel im Rektorat der HEP|PH FR bekannt. Die Anforderungen an das Amt der Rektorin oder des Rektors (Doktorat, ausgewiesenes Forschungsprofil, Zweisprachigkeit, Führungserfahrung in einer Institution auf Tertiärstufe) können nicht mit attraktiven Rahmenbedingungen honoriert werden (zu kleine Einrichtung, Aufteilung der Ausbildung in zwei Studiengänge, kein Gesamtkonzept für die obligatorische Schule, Vervielfachung der Partner durch die Aufteilung usw.).

Im Falle eines Entscheids für ein PH-Modell müssen tatsächlich die Strukturen angepasst und verstärkt werden, um die zusätzlichen Studiengänge, Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzubinden.

Würde man sich für ein Modell an der Universität entscheiden, müsste in Absprache mit allen Akteuren ein künftiges «Zentrum für Lehrerinnen- und Lehrerbildung», das alle Studiengänge (Primarstufe, Sekundarstufe 1, Sekundarstufe 2, Sonderschulunterricht) umfasst, geschaffen werden. Dabei müssten auch die Synergien und die konkrete Zusammenarbeit neu festgelegt werden. Diese Neubestimmung wird von Personen vorgenommen werden müssen, die kompetent sind, die neue Institution aufzubauen und zu leiten. Die Führungsstrukturen müssen gleichzeitig mit der Neugestaltung des Ausbildungsangebots geschaffen werden.

7. *Im Rahmen des (zweiten) USP: Wird die angestrebte Zweisprachigkeit in der künftigen Institution wirklich als Trumpf gesehen oder handelt es sich dabei nur um einen Etikettenschwindel? Wenn etwa in der aktuellen Struktur der PH Freiburg die deutschsprachige Abteilung und das «sprachliche Gleichgewicht» gemäss FN vom 28.03.2021 bereits «in Gefahr sei»: Wie kann diese kleine Abteilung sich in einer noch grösseren Institution künftig etablieren und behaupten? Ist es hierbei überhaupt wünschenswert, dass sich eine allfällige künftige PH Freiburg gegenüber den bereits etablierten PHs Vaud und Bern bewähren muss? Oder gäbe es für die deutschsprachigen Studierenden die Möglichkeit einer Zusammenarbeit, etwa mit der PH Bern?*

Im «Bericht Capaul» wird auch kurz die Möglichkeit erwähnt, die Lehrpersonenbildung in Freiburg aufzugeben und eine Institution in einem anderen Kanton damit zu beauftragen. Der Staatsrat hat diese Variante nie in Betracht gezogen, weder für die deutsch- noch für die französischsprachige Ausbildung. Denn damit würden die kantonalen Behörden den Bezug zur Ausbildung eines für den Wohlstand des Kantons kapitalen Berufes verlieren, obwohl sie für die Rekrutierung und Einstellung der Personen, die diesen Beruf ausüben, verantwortlich sind. Die Unterrichtstätigkeit ist stark regional geprägt, wobei sich die Schulsysteme der Kantone historisch bedingt unterscheiden, zum Teil sehr ausgeprägt. Darüber hinaus hat sich der Kanton seit der Verabschiedung des Schulgesetzes für die Annäherung der beiden Sprachgemeinschaften eingesetzt. Eine Auslagerung der Lehrpersonenbildung in Nachbarkantone würde mit Sicherheit eine grosse Heterogenität zwischen Französisch- und Deutschsprachigen mit sich bringen, was die gesamten bisherigen Bemühungen gefährden würde. Die Schule beschränkt sich nicht nur auf das Unterrichten, sondern spielt auch eine wesentliche Rolle bei der Bewahrung und Weitergabe unseres kulturellen Erbes, indem sie lokale Traditionen lebendig hält. Der Staatsrat unterstützt das Konzept einer Freiburger Schule und einer Ausbildung, die dem in angemessener Weise Rechnung trägt. Die Auslagerung der Lehrpersonenbildung steht daher nicht zur Debatte und es gibt keinen Grund, warum sich eine vereinte und gestärkte Freiburger Institution nicht im Wettbewerb mit den anderen Kantonen behaupten können sollte.

Im Kanton Freiburg wird immer wieder über die Zweisprachigkeit in der Bildung und Ausbildung debattiert. Der Staatsrat betrachtet sie als wertvolles und bereicherndes Gut und unterstützt nachdrücklich das Erlernen der Partnersprache auf allen Schulstufen, während des Studiums wie auch im beruflichen und privaten Bereich. Er ist jedoch der Ansicht, dass es nicht ausreicht, französisch- und deutschsprachige Abteilungen nebeneinander zu führen, wie dies derzeit sowohl an der HEP|PH FR wie auch am ILLB der Fall ist: Gelebte Zweisprachigkeit sieht anders aus. Darüber hinaus gibt es nach Ansicht des Staatsrats keinen Grund, bei der Anzahl Studierenden ein sprachliches Gleichgewicht anzustreben, zumal das Verhältnis der Sprachgemeinschaften im Kanton ungleich ist. Andererseits muss die Zweisprachigkeit in der Ausbildung und im Unterricht bei den Überlegungen zum Aufbau der neuen Institution zwingend einbezogen werden, um

sicherzustellen, dass deutschsprachige Studierende aus Freiburg weiterhin eine kantonale Ausbildungsstätte besuchen und in den deutschsprachigen Schulen des Kantons unterrichten.

Nach der Einbindung ins ILLB hat das ZELF seit einigen Jahren das berufspädagogische Zertifikat (Zertifikat Unterricht an Berufsmaturitätsschulen) zum Unterrichten an Berufsmaturitäts- und Berufsfachschulen in den Studiengang LDM (DEEM) integriert. Seit kurzem bietet auch die französischsprachige Abteilung diese Zusatzausbildung an. Dieses Angebot gibt den Studierenden die Möglichkeit, ihre Ausbildung zu vervollständigen, um sich für das Unterrichten an Berufsfachschulen zu qualifizieren. Vor der Einbindung dieser Zusatzausbildung wurden interessierte Studierende am Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) in Zollikofen oder Renens ausgebildet. Dieses Beispiel zeigt, dass es in diesem Fall bereits eine interkantonale Zusammenarbeit mit dem EHB gibt.

8. *Grundsätzlich bleibt noch die mehr als interessante Frage übrig: Warum bevorzugen aktuell so viele Deutschfreiburgerinnen und -freiburger die PH Bern gegenüber der PH Freiburg? Gibt es hierzu (Alumni-)Umfragen oder Studien? Müsste nicht hier zuerst Ursachenforschung betrieben werden, bevor mit einer Vergrößerung der Institution ein weiterer allfälliger Rückgang der deutschsprachigen Studierenden in Kauf genommen wird?*

Es entscheiden sich tatsächlich viele Freiburgerinnen und Freiburger, sich an der PH Bern zur Primarschullehrerin oder zum Primarschullehrer ausbilden zu lassen. Allerdings gibt es auch viele Freiburgerinnen und Freiburger, die sich dafür entscheiden, das Lehrdiplom für die Sekundarstufe 1 an der PH Bern zu erwerben. Der Staatsrat kennt diesbezüglich keine repräsentative Studie. Die Wahl des Studienortes wird von mehreren Faktoren bestimmt, wobei einige Beweggründe bekannt sind. So spielen wohl für einige die höheren Sprachanforderungen in Freiburg eine Rolle. Aber vor allem sind für viele die Stadt Bern und der neue Campus der PH Bern mit seiner hochmodernen Infrastruktur und Ausstattung unbestreitbar attraktiv. Mehrere andere Kantone, die wie Freiburg mit dem Lehrpersonenmangel und den damit verbundenen Problemen konfrontiert sind, haben bereits in eine attraktive und nachhaltige Lehrpersonenbildung investiert.

Der Staatsrat ist sich bewusst, dass eine Vielzahl komplexer Faktoren berücksichtigt werden muss und die Konsequenzen des künftigen Entscheids über eine institutionelle Zusammenführung der Lehrpersonenbildung eine grosse Tragweite haben werden. Er ist überzeugt, dass die institutionelle Zusammenführung, verbunden mit einer Neugestaltung der Ausbildungskonzepte und der Aufwertung der Vorzüge unseres Kantons, eine einmalige Gelegenheit bietet, die Vielfalt, hohe Qualität und Attraktivität des Freiburger Hochschulstandorts zu stärken und die Lehrpersonenbildung in unserer Region zu Gunsten der Schule und ihrer Schülerinnen und Schüler neu zu organisieren.

26. Mai 2021